

Wirrwarr in der Wehrpolitik

Autor(en): **Müller, Jürg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **40 (2013)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-911087>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wirrwarr in der Wehrpolitik

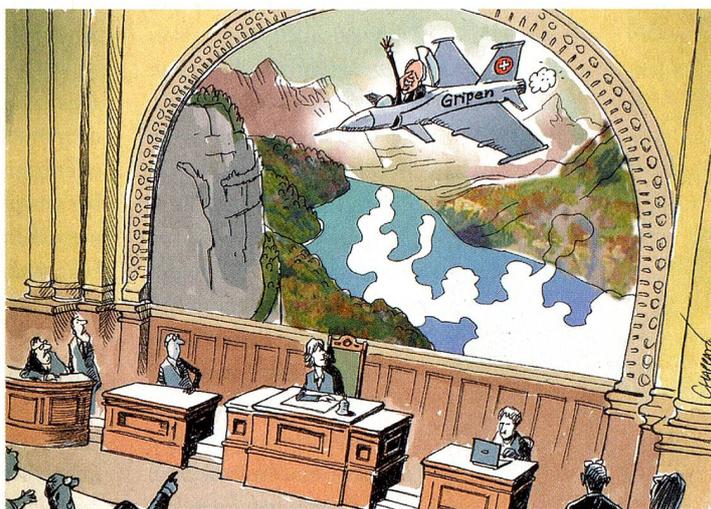
Bei der Schweizer Sicherheitspolitik herrscht derzeit vor allem Unsicherheit: Parlament und Regierung streiten um die Höhe der Militärausgaben, der Kampfjet Gripen befindet sich in heftigen Turbulenzen und es stehen heisse Volksabstimmungen bevor. Eine Momentaufnahme aus der Frühjahrsession des Parlaments.

Von Jürg Müller

Oberst Peter Forster, Chefredaktor der Zeitschrift «Schweizer Soldat», zieht ins Gefecht – und dies gegen den Bundesrat. Dieser spiele «mit einem kostbaren Gut, der Sicherheit unseres Landes», schreibt Forster im Mitteilungsblatt «Pro Libertate». Es sei «unverschämt», wie sich der Bundesrat über Beschlüsse des Parlaments hinwegsetze, deshalb sei «Widerstand selbst gegen die eigene Regierung» nötig. Hintergrund von Forsters Attacke ist der Streit zwischen Bundesrat und Parlament über die Höhe der Militärausgaben. Das Parlament will mehr Geld für die Armee locker machen als der Bundesrat. Das Gezerre um die Finanzen ist Symptom einer tiefen Verunsicherung über die zukünftige Marschrichtung der Armee.

Bruchlandung im Ständerat

Diese Verunsicherung kam exemplarisch in der Frühjahrsession der eidgenössischen Räte zum Ausdruck. Im Ständerat stand die Beschaffung des neuen Kampfflugzeugs auf der Traktandenliste. Der Streit um den schwedischen Gripen (siehe auch «Schweizer Revue» 5/2012) schien entschärft, die einst auch bürgerlichen Kritiker stellten sich kurz vor der Parlamentsdebatte hinter Verteidigungsminister Ueli Maurer. Nur die Linke lehnte den Kauf des Kampfjets einhellig ab. Völlig überraschend kam es dann trotzdem zur Bruchlandung: Der Ständerat sagte zwar Ja zum Gripen, lehnte aber die für dieses Geschäft nötige Aufhebung der Ausgabenbremse ab. Faktisch ist das ein Nein zum Gripen. Damit ist klar: Auch einige bürgerliche Politiker stehen der Kampfjet-Beschaffung skeptisch gegenüber. Tenor der Skeptiker: Die aktuelle Flotte reiche für Luftpolizeiaufgaben, ein akuter Luftkampf über der Schweiz sei auch in ferner Zukunft



höchst unwahrscheinlich, und die Zukunft der Luftkriegsführung gehöre ohnehin den Drohnen.

Beobachter gehen zwar davon aus, dass der Kampfjet im Nationalrat trotz Bedenken der Sicherheitspolitischen Kommission im Herbst erfolgreich abheben wird – und in einer weiteren Runde auch im Ständerat. Das letzte Wort wird allerdings das Volk haben, denn ein Referendum oder eine Initiative gegen den Beschluss wird es garantiert geben. Im Abstimmungskampf stellen der doppelböde Entscheidung des Ständerats und die bürgerliche Uneinigkeit eine schwere Hypothek dar. Die Kampfjet-Gegner werden dies weidlich ausnützen.

Heisse wehrpolitische Vorlagen

Für rote Köpfe und eine heisse Abstimmungsschlacht wird nicht nur der Gripen sorgen, sondern auch eine Volksinitiative der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA): Sie möchte die allgemeine Wehrpflicht aufheben. In der Frühlingssession lehnte nach dem Nationalrat auch der Ständerat die Initiative ab. Doch im Abstimmungskampf werden sehr grundsätzliche Fragen zur Zukunft der Armee aufs Tapet kommen. Und die GSoA sollte nicht unterschätzt werden: 1989 stimmten satte 35,6 Prozent für die radikale Forderung nach einer Abschaffung der Armee. 1992 sammelte die GSoA innert eines Monats (!)

über 500 000 Unterschriften gegen den Kauf des Kampfflugzeugs F/A-18 – ein Rekord punkto Sammelfrist und Unterschriftenzahl. In der Volksabstimmung scheiterte die GSoA dann, aber knapp 43 Prozent lehnten den Kauf der Kampfjets ab. Eine Überraschung ist also sowohl bei der Wehrpflicht wie beim Gripen nicht auszuschliessen.

Nicht zu beneiden

Das Gezerre um den bereits erwähnten Ausgabenplafond der Armee ist ein weiterer Unsicherheitsfaktor. 2010 legte der Bundesrat im Armeebericht den Plafond auf 4,4 Milliarden Franken pro Jahr fest und forderte eine Reduktion des Truppenbestandes auf 80 000 Mann. Das Parlament dagegen wollte 100 000 Mann und 5 Milliarden. Der Bundesrat stellte sich quer und ist aus finanzpolitischen Gründen nur bereit, den Plafond auf 4,7 Milliarden anzuheben. Im Frühling 2013 beharrte der Nationalrat auf der 5-Milliarden-Armee. Ohne diesen Eckwert würde der Auftrag der Armee in Frage gestellt, fand die Mehrheit. Doch ein Konsens, wie dieser Auftrag lauten soll, ist weit und breit nicht in Sicht. Die Minderheit im Parlament argumentierte deshalb, man könne den Plafond nicht festlegen, ohne vorher die aktuelle Bedrohungslage und die zukünftigen Herausforderungen der Armee diskutiert zu haben.

Dazu wird die anstehende Armee reform Gelegenheit bieten. Sie soll Mitte dieses Jahres in die Vernehmlassung gehen. Die parlamentarische Debatte über die Weiterentwicklung der Armee wird allerdings erst im kommenden Jahr stattfinden. Die Armeeplaner sind also nicht zu beneiden. Sie bewegen sich noch längere Zeit auf sehr unsicherem Terrain.

JÜRIG MÜLLER ist Redaktor der «Schweizer Revue»